

Das ist das Vernünftigste der Welt. Jedes Unternehmen macht das so, jede Privatperson. Also sollte auch eine Landesregierung dazu in der Lage sein.

Wenn Frau Kollegin Asch sagt, das sehe in Nordrhein-Westfalen alles so gut aus, dürfte es ein Leichtes sein, das dem Parlament bis zum 01.06. vorzulegen. Denn wenn alles vorhanden ist, dann sollte das auch gehen.

Ich denke, dass die Debatte richtig und wichtig ist und wir sie im Ausschuss entsprechend führen sollten. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Weitere Wortmeldungen liegen mir zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags 16/2118** an den **Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend** – federführend –, an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**, an den **Integrationsausschuss**, an den **Ausschuss für Kommunalpolitik** sowie an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Überweisungsempfehlung zustimmen möchte, den darf ich um das Handzeichen bitten. – Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Wir treten ein in Tagesordnungspunkt

##### **5 Gegen Verunsicherung und für Vertrauen in der Bevölkerung: Die Landesregierung muss eindeutige und nachvollziehbare Positionen für eine konsequente Umsetzung der Energiewende beziehen und vertreten!**

Eilantrag  
der Fraktion der PIRATEN  
Drucksache 16/2331

Die Fraktion der Piraten hat mit Schreiben vom 18. März 2013 fristgerecht einen Eilantrag zum zuvor genannten Thema eingereicht.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Kollegen Schmalenbach das Wort.

**Kai Schmalenbach** (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kollegen! Liebe Zuschauer im Saal und zu Hause! Mit der Rolle rückwärts in Sachen Atomausstieg hat die Bundesregierung vor

knapp zwei Jahren die Energiewende in Deutschland eingeleitet. Die Energiewende ist zweifelsohne eine der größten politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen der kommenden Jahrzehnte.

Als Energieland Nummer eins nimmt NRW hierbei eine Schlüsselrolle ein. In unserem Land wird sich die Energiewende maßgeblich entscheiden. Die Landesregierung hat die Verantwortung und die Aufgabe, für die konsequente Umsetzung der Energiewende zu sorgen. Jetzt werden die Weichen zur Bewältigung dieser Jahrhundertaufgabe gestellt. Dabei ist eines klar: Der Erfolg und die Akzeptanz der Energiewende hängen maßgeblich vom Vertrauen der Bevölkerung in eine verlässliche, stringente und nachvollziehbare Strategie des Landes NRW ab.

Was macht die Landesregierung? – Sie rudert unkoordiniert in vollkommen unterschiedliche Richtungen. Sie fahren noch nicht mal einen Zickzackkurs, Sie fahren gar keinen Kurs.

(Beifall von den PIRATEN)

Gestatten Sie mir, die Worte von Herrn Lindner vom gestrigen Tage leicht anzupassen: Zwischen Rot und Grün geht es in Sachen Energie zu wie zwischen Schwarz und Gelb im Bund.

(Beifall von den PIRATEN)

Ihr energiepolitischer Blindflug schürt Verunsicherung und Unverständnis in der Bevölkerung, insbesondere vor dem Hintergrund der gerade stattfindenden Bund-Länder-Gespräche. Es ist nicht so, dass Rot-Grün auf nebensächliche Detailfragen keine gemeinsame Antwort findet, schon die Grundaussrichtung ist ein einziger Widerspruch in sich. Ich nenne nur drei Beispiele.

Thema „Neubau von Kohlekraftwerken“: Sie, Herr Wirtschaftsminister Duin, lassen keine Gelegenheit ungenutzt, zu betonen, dass NRW neue Kohlekraftwerke brauchen wird. Herr Minister Rimmel eiert in dieser Frage herum.

Thema „Braunkohle“: Sie werden auch in Zukunft eine wichtige Rolle spielen, sagen Sie, Herr Minister Duin. Ihr Koalitionspartner fordert auf Bundesebene vehement den Kohleausstieg bis 2030.

Thema „Stromsteuer“: Sie, Herr Minister Duin, fordern eine Absenkung der Stromsteuer, um die Verbraucherinnen und Verbraucher zu entlasten. Grün hält die Stromsteuersenkung für genauso unausgegoren wie Altmaiers gefährliche Strompreibremse. - Dabei wundert mich schon, dass Sie, Herr Minister Rimmel, wie auf Ihrer jüngsten Japan-Reise demonstriert, in sicherer geografischer Entfernung von Minister Duin plötzlich doch klare Positionen zur Energiewende vertreten können.

(Beifall von den PIRATEN – Dietmar Brockes [FDP]: Aha!)

Nur in Reichweite des Wirtschaftsministeriums werden aus Ihren festen Standpunkten schnell politische Eiertänze.

(Zuruf von Thomas Kufen [CDU])

Und dann wundern Sie sich, dass die nordrhein-westfälische Bevölkerung voller Verunsicherung auf die Jahrhundertaufgabe der Energiewende blickt.

Wir Piraten bleiben dabei: NRW muss bundesweit Vorreiter bei der konsequenten Umstellung des Energiesystems auf nachhaltige Technologien werden.

(Beifall von den PIRATEN)

Dazu bedarf es aus unserer Sicht eines unmissverständlichen Ausstiegsszenarios aus der fossilen Energiegewinnung, einer fairen und sozialverträglichen Lastenverteilung, einer Erhöhung des Innovationsdrucks auch und insbesondere auf die energieintensiven Industrien.

Liebe Regierungskoalition, schaffen Sie endlich Vertrauen und Akzeptanz in der nordrhein-westfälischen Bevölkerung. Sorgen Sie für eine klare, nachvollziehbare Strategie bei der Bewältigung der immensen Herausforderungen der Energiewende. Sagen Sie endlich, wie sich NRW den zukünftigen Herausforderungen der Energiefrage stellen wird. – Sie, meine Herren Minister Duin und Minister Rimmel, können an dieser Stelle gleich damit anfangen.

Gestatten Sie mir noch eine kleine Bemerkung zum Schluss: Dem Problem liegt meiner Meinung nach ein Designfehler zugrunde. Angesichts der anstehenden Aufgaben müsste Energie ein eigenes Ressort sein. Das aktuelle Design stellt dar, welchen Stellenwert Energie in diesem Lande hat: ein Anhängsel des Ausschusses für Wirtschaft. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Eiskirch das Wort.

**Thomas Eiskirch (SPD):** Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Es ist schon erstaunlich, wie mit dem Antrag zunächst das Vertrauen der Bevölkerung in eine verlässliche, stringente und nachvollziehbare Handhabung der Energiewende eingefordert wird – der Kollege Schmalenbach hat es gerade deutlich gemacht –, um bereits im nächsten Absatz die bestehende und überhaupt noch verbliebene Verlässlichkeit einer rechtswirksamen Genehmigung und gesetzlichen Regelung völlig infrage zu stellen.

Zwei Beispiele: Im Piratenantrag wird mal eben der genehmigte Abbau der Braunkohle bis 2045 infrage gestellt und der Ausstieg aus der Kohleenergie bis

2030 gefordert. Das ist nicht Verlässlichkeit und nicht Stringenz, das ist Wahnsinn.

Da wird mal eben auf eine Überprüfung sämtlicher Ausnahmeregelungen von der EEG-Umlage sowie aller Stromsteuerrabatte für energieintensive Unternehmen gedrängt. Auch das ist nicht Verlässlichkeit und Strategie, das ist Wahnsinn. Es ist schlicht und ergreifend kein hilfreicher Beitrag, den die Piraten mit diesem Eilantrag im Zuge der Energiewende leisten.

Von entscheidender Bedeutung sind verlässliche Rahmenbedingungen. Planungssicherheit und Vertrauen bei Investoren und Verbrauchern muss hergestellt werden und nicht Verunsicherung. SPD und Grüne waren schon bei ihrem Atomausstiegsgesetz auf Bundesebene die Garanten für Verlässlichkeit. Genau diese Verlässlichkeit wurde von CDU und FDP mit dem Ausstieg aus dem Ausstieg ohne jede Not aufs Spiel gesetzt.

(Beifall von Stefan Zimkeit [SPD])

Diesen Zickzackkurs setzt die Bundesregierung nun mit der EEG-Preisbremse fort. In den heute stattfindenden Gesprächen der Ministerpräsidenten und der Bundeskanzlerin – Sie haben es gerade angesprochen, Kollege Schmalenbach – geht die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen mit einvernehmlichen Vorschlägen

(Dietmar Brockes [FDP]: Wo denn?)

zu den Themen „Erneuerbare Energien und EEG“, „Energieintensive Unternehmen“ und „Stromsteuer“ an den Start. Die Landesregierung wird dies gleich mit Sicherheit deutlich machen.

Mit ihrem höheren Anteil an der Stromerzeugung wächst den erneuerbaren Energien ohne jeden Zweifel eine größere Verantwortung für die Funktions- und Leistungsfähigkeit des gesamten Energiesystems und für die Kosten der Stromerzeugung zu. Die Energiewende muss – das ist eigentlich eine Binsenweisheit, bei diesem Antrag aber augenscheinlich notwendig zu erwähnen – das magische Dreieck aus Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Kosteneffizienz sicherstellen.

Versorgungssicherheit erfordert gesicherte Stromleistungen. Das heißt, parallel zum Ausbau der erneuerbaren Energien werden gesicherte Kraftwerksleistungen aus laufenden und aus neuen fossilen Kraftwerken benötigt. Diese Kraftwerke drohen jedoch im bestehenden Marktdesign unwirtschaftlich zu werden. Die Folge ist, dass Investitionen in neue, flexible und schadstoffärmere Kraftwerke unterbleiben und gegebenenfalls sogar bestehende Kraftwerke vom Netz genommen werden müssten.

Deshalb brauchen wir ein neues Strommarktdesign, das die Vorhaltung von regelbaren Kraftwerkskapazitäten honoriert. Dieses neue Strommarktdesign wird zugleich die erneuerbaren Energien mit den

notwendigen konventionellen Kraftwerken systematisch verzahnen müssen.

Wenn wir jetzt nicht aufpassen, werden wir durch das, was die Herren Altmaier und Rösler dort vorschlugen, nämlich keine Strompreis-, sondern eine Investitionsbremse bekommen, und zwar sowohl eine Bremse für Investitionen in weitere erneuerbare Energien als auch eine Bremse beim weiteren Ausbau möglichst schadstoffarmer und lasteffizienter konventioneller Kraftwerke.

Im Moment gibt es jede Menge Gutachten zum Thema „neues Strommarktdesign“. Ich hoffe, dass Sie diese Gutachten auch sorgfältig auswerten. Wenn man das tut, werden genau diese Herausforderungen nämlich völlig klar.

SPD und Grüne treten deswegen gemeinsam dafür ein, dass NRW ein guter Standort für energieintensive Unternehmen bleibt. Im internationalen Wettbewerb stehende energieintensive Unternehmen in Deutschland sind auf wettbewerbsfähige Strompreise angewiesen, damit die Produktion und somit CO<sub>2</sub>-Emissionen nicht ins Ausland verlagert werden.

Ausnahmen – oder auch Kompensationen – müssen auf die Bereiche begrenzt bleiben und werden, in denen das für faire Wettbewerbsbedingungen auch erforderlich ist. Das ist völlig unstrittig.

Der größte kurzfristige Einspareffekt wird in dem Konzept von SPD und Grünen nicht durch die Themen „Erneuerbare Energien“ oder „Energieintensive Industrien“ realisiert werden, sondern bei dem Thema „Stromsteuer“. Darüber sollten wir heute auch noch das eine oder andere Wort verlieren; denn es geht wirklich um den Weg, wie man den Strompreis für die Menschen, für die Verbraucherinnen und Verbraucher, in den Griff bekommen kann, und nicht um diese Ablenkungsmanöver.

Die erhöhte EEG-Umlage und die Stromsteuer für erneuerbare Energien führen unmittelbar zu Mehrausgaben für die Stromverbraucher und Steuernehreinnahmen für den Bundeshaushalt. Deswegen begrüßen wir es als Landtag Nordrhein-Westfalen – zumindest die regierungstragenden Fraktionen; für die SPD kann ich das hier sagen – ausdrücklich, wenn die Landesregierung sich dafür einsetzt, die Stromsteuer um 25 % entsprechend dem Anteil der erneuerbaren Energien an der deutschen Stromversorgung zu reduzieren und die Stromverbraucher damit um ca. 1,6 Milliarden € pro Jahr zu entlasten.

(Dietmar Brockes [FDP]: Das tut sie ja nicht!)

Ich sage hier noch einmal ganz deutlich – dann komme ich auch zum Schluss –: Wenn die Bundesregierung die privaten Haushalte wirklich von Strompreiserhöhungen entlasten will, soll sie eine Grundmenge an Stromverbrauch von der Stromsteuer freistellen.

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen tritt auch dieses Mal wieder mit klaren und verlässlichen Positionen in der Ausgestaltung der Energiewende auf und an.

(Dietmar Brockes [FDP]: Wo denn?)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Abgeordneter.

**Thomas Eiskirch (SPD):** Das tue ich sehr gerne.

In diesen Monaten werden die entscheidenden Weichen für einen neuen energiepolitischen Rahmen geschaffen, der Verlässlichkeit und Planungssicherheit für die vor uns liegenden Jahre und Jahrzehnte schaffen soll. Das ist schlicht und ergreifend nicht in wenigen Wochen zu schaffen. Man hätte allerdings früher anfangen können, wenn diese Bundesregierung seit dem Einstieg in den Ausstieg vom Ausstieg der Atomindustrie nicht mehrere Jahre hätte verstreichen lassen.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Thomas Eiskirch (SPD):** All das macht deutlich: Die SPD wird diesen Antrag ablehnen müssen, weil er zwar Stringenz und Verlässlichkeit einfordert, sie selbst jedoch nicht beinhaltet. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Eiskirch. – Für die CDU-Fraktion erteile ich nun Herrn Kollegen Kufen das Wort.

**Thomas Kufen (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Eilantrag der Piraten soll suggerieren, dass es jetzt endlich um Klarheit und Verlässlichkeit geht. Wer hätte etwas dagegen? Es irritiert nur ein wenig, dass ausgerechnet die Piraten das einfordern; denn wenn man sich ihr wirtschaftspolitisches Programm oder ihr Wahlprogramm im Bereich Energie anschaut, stellt man fest: Das ist das Gegenteil von Verlässlichkeit.

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Oh, toll!)

Es ist eigentlich eher eine große Verunsicherung.

(Beifall von der CDU – Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Die Stimmen werden am Ende des Tages ausgezählt, Herr Kufen!)

Insofern finde ich das in der Tat etwas anmaßend. Gleichwohl begrüße ich diesen Antrag, Herr Schmalenbach. Ich bin ausgesprochen dankbar dafür.

Der erste Teil, die Einleitung, hätte sogar fast von der CDU sein können. Er ist aber nicht von der

CDU. Das merkt man daran, dass darin Ihr gespaltenes Verhältnis zum Thema „Datteln“ zum Ausdruck kommt.

(Michele Marsching [PIRATEN]: Wir haben ein ganz klares Verhältnis dazu!)

Insofern hätten wir das Thema „Datteln“ anders bewertet.

Also sind wir am Ende doch unterschiedlicher Meinung. Um das Ergebnis vorwegzunehmen: Auch wir werden den Antrag ablehnen.

Gleichwohl gibt es hier in der Tat die gute Möglichkeit, noch einmal über das energiepolitische Konzept der Landesregierung zu sprechen. Herr Eiskirch sagte, dieses Konzept liege in klarer Stringenz vor. Ich kann nur sagen: Bei dieser Regierung ist einzig und allein klar, dass sie die Energiewende „Management by Hühnerhaufen“ betreibt – und sonst nichts.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU und der FDP)

Vielleicht sind es – mit Blick auf Herrn Rimmel – Bio-Hühner. Damit habe ich gar kein Problem. Wenn Sie uns hier aber weismachen wollen, es gebe in Nordrhein-Westfalen eine Stimme, mit der man in den Energiegipfel – dessen Ergebnis wir noch nicht kennen – hineingehe, führen Sie dieses Parlament aber ein bisschen an der Nase herum.

Wir haben mehrfach versucht – Herr Brockes, die Piratenfraktion, meine Fraktion –, Ihnen einmal zu entlocken, mit welchen Thesen, mit welchen Formulierungen, mit welchen Positionen zu Stromsteuer oder zu EEG Sie in diese Gespräche hineingehen. Ich kann nur sagen: Fehlanzeige.

Selbst wenn Sie sich in diesem Land einigen, ist noch nicht einmal die Frage beantwortet, wie Sie aus den Gesprächen mit den A-Ländern herausgehen. Schließlich gibt es zahlreiche Konflikte zwischen Nord und Süd sowie Ost und West. Tun Sie doch nicht so, als bekämen Sie eine Lösung leichter hin als andere! Es gibt massive Interessenkonflikte, die wir entsprechend berücksichtigen müssen.

(Hans Christian Markert [GRÜNE]: Herr Rösler!)

– Ich will gerne etwas zu Herrn Rösler sagen. Ich habe den Eindruck, dass Herr Altmaier und Herr Rösler vielleicht besser zusammenarbeiten als Herr Lindner und Herr Rösler. Man weiß es nicht.

(Heiterkeit und Beifall von der CDU, der SPD und den GRÜNEN – Sigrid Beer [GRÜNE]: Das mag sein!)

Eines sage ich Ihnen aber ganz klar: Diese Bundesregierung hat ein Konzept vorgelegt, wie man in der Frage der Strompreise etwas machen kann.

Meine Damen und Herren, das Schlimmste ist doch, wenn wir auch bei der EEG-Umlage nichts tun.

Dann wird am Ende alles teurer – aus dem einfachen Grund, dass wir jetzt ungefähr eine Million Energie-Einspeiser haben und 2020 rund drei Millionen Einspeiser in den Energiemarkt haben werden. Das zu steuern, um es dann auch hinzubekommen – Stichworte: Leitungsausbau und Anschluss –, und zwar bei Erhalt der Akzeptanz für die Erneuerbaren, ist die wichtige Aufgabe.

Ihnen fällt nichts anderes ein, als in Ihrem Masterplan-Fetisch von einem sogenannten Masterplan zu sprechen. Herr Duin und Herr Rimmel, mittlerweile habe ich verstanden, dass Sie gar keinen Masterplan meinen, sondern wahrscheinlich eine Roadmap. Das hätten Sie dann sagen müssen. Einen Masterplan wird es bei dem, was Sie vorschlagen, am Ende nicht geben.

Alle Experten sagen Ihnen, dass wir mehr Koordination zwischen den Bundesländern brauchen. Das ist keine Frage. Schauen Sie sich alleine die Ausbauziele an, die von der Bundesregierung auch immer wieder korrigiert werden müssen, weil die Ziele der Bundesregierung gerade von den Ländern in einem rasanten Tempo überholt werden! 2020 werden wir einen Anteil erneuerbarer Energien von ungefähr 35 % haben wollen.

Das ist unsere Planung. Jeder weiß doch: Am Ende, wenn wir alle Planungen der Länder einmal nebeneinander legen, sind wir jetzt schon bei 60 bis 65 %. Also brauchen wir auch eine bessere Koordination zwischen den Ländern.

Dann sage ich Ihnen, meine Damen und Herren der Landesregierung: Ihre Aufgabe wäre auch eine regionale Koordination mit den Stadtwerken, mit den Akteuren, mit den Akteuren im Energieland Nummer eins. Da kann ich nur sagen: Das ist Ihr blinder Fleck. Da haben Sie nichts geliefert. Da haben Sie nichts eingebracht. Sie machen Gutachten sozusagen, um vielleicht auch bestimmte Kraftwerksbetreiber vorzuführen. Das kann ja sein. Aber dass Sie hier gemeinsam für dieses Land Verantwortung wahrnehmen, das sehe ich nicht.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Herr Abgeordneter.

**Thomas Kufen (CDU):** Da sind wir sehr interessiert, in der verbleibenden Zeit, die wir in diesem Parlament in dieser Debatte noch haben, mehr darüber zu erfahren, mit welchen Ideen Sie eigentlich in die Debatte gegangen sind. Denn bisher kann ich das nicht nachvollziehen.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Herr Abgeordneter, bevor Sie zum Ende kommen: Würden Sie noch eine Zwischenfrage des Kollegen Olejak von der Piratenfraktion zulassen?

**Thomas Kufen** (CDU): Unbedingt. Sehr gerne.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Marc Olejak** (PIRATEN): Vielen Dank. Herr Kufen, ist Ihnen bewusst, dass die CDU im Jahre 2012 ohne Wahlprogramm in den Wahlkampf gegangen ist?

(Beifall von den PIRATEN)

**Thomas Kufen** (CDU): Nein, nein, nein, nein, nein. Ist Ihnen bewusst, dass es einen Wahlauf Ruf gab? Dass Sie ihn nicht gelesen haben, sehe ich daran, dass Sie Piraten gewählt haben und nicht CDU.

(Zuruf von den PIRATEN: Drei Seiten! Drei lächerliche Seiten! Herzlichen Glückwunsch!)

Es gab einen Aufruf. Ich habe mich nicht über die Quantität ausgelassen, sondern über die Qualität.

(Zuruf von den PIRATEN)

Das, was Sie zur Energiepolitik in Ihrem Wahlprogramm gesagt haben, ist am Ende ein Anschlag auf den Industriestandort Nordrhein-Westfalen.

(Zuruf von den PIRATEN: Sie hatten ja keines!)

Es ist gut, dass Sie darauf keinen Einfluss haben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU und der FDP)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich Frau Kollegin Brems das Wort.

**Wibke Brems** (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kolleginnen und Kollegen der Piraten, eigentlich könnte man sagen, die Hauptbotschaft Ihres Antrags ist erledigt. Denn es gibt nicht nur eine gemeinsame Linie dieser Landesregierung bei den Verhandlungen, sondern auch mit anderen rot-grünen Landesregierungen.

Dann muss ich Ihnen natürlich sagen: Ihr Antrag enthält schon einige richtige Aspekte. Sie fangen ganz gut an. Auch Herr Eiskirch hat das schon einmal gesagt. Es geht um Verlässlichkeit. Es geht darum, die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen.

Aber wenn es dann darum geht, wie fair unser Strompreis ist, wie gerechtfertigt eigentlich die Preise sind, die jetzt gerade genommen werden, dann fehlen mir doch einige ganz entscheidende Aspekte in Ihrer Kritik und in Ihrer Aufzählung, was denn nun alles anders gemacht werden sollte.

Ich fange einmal beim Beispiel der Netznutzungsentgelte an. Es ist klar, das gehört nicht direkt zum EEG, aber insgesamt zu den Strompreisen. Da hat die Bundesregierung eine klare Klatsche vom OLG bekommen, dass diese Netznutzungsentgeltbefreiungen nicht verfassungsmäßig sind. Gleichzeitig gibt es ein Beihilfeprüfungsverfahren der EU-Kommission. Daran sieht man auch, da muss man ganz klar ran. Das ist einer der Punkte, für die wir einstehen.

Ein weiterer Aspekt, der in Ihrem Antrag fehlt, ist der europäische Emissionshandel. Die niedrigen Preise für CO<sub>2</sub>-Zertifikate sorgen dafür, dass die Börsenpreise für Strom viel zu gering sind und damit die EEG-Umlage gleichzeitig wieder steigt. Das heißt, wir brauchen eine zeitnahe Stärkung des europäischen Emissionshandels.

Ich komme zum Thema, wie eigentlich Herr Altmaier als zuständiger Minister für erneuerbare Energien mit diesen umgeht. Er fordert pauschale Kürzungen, die zu massiven Verunsicherungen, zu Investitionsstopps führen. Altmaiers Strompreisbremse ist eine Ausbaubremse für die erneuerbaren Energien. Das müssten auch Sie genauso sagen.

Sie gehen nicht ein auf Mitnahmeeffekte und falsche Anreize beim EEG. Wir brauchen eine standortabhängige Vergütung, beispielsweise bei der Windenergie. Wir müssen dafür sorgen, dass Mitnahmeeffekte wie die Marktprämie gestrichen werden und dass teure Prämien für Offshore-Windenergieanlagen reduziert werden.

Schade, dass Sie bei diesen Punkten und bei der Forderung nach rot-grüner Positionierung der CDU und der FDP auf den Leim gehen.

(Lachen von der CDU)

Gucken wir uns das erste Positionspapier von Altmaier und Rösler an. Beispielsweise bei der Reduzierung der Industriebefreiung von der EEG-Umlage sind sie so unspezifisch geblieben, einfach nur zu sagen: Da muss man etwas machen. – Ja, wer, wie, wo, was, wann?

Dann hätten Sie, liebe Piraten, uns aber bei dem Punkt auch genauso gut dazu auffordern können, Nebel mit einem Netz einzufangen. Das ist genauso sinnvoll, wie sich dazu so unspezifisch zu äußern.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wie sehr hier mit Nebelkerzen hantiert wird, kann man auch an der heutigen Pressemitteilung der FDP und von Herrn Lindner sehen. „Die SPD solle die Gespräche zur Strompreisbremse aber nicht für wahltaktische Manöver missbrauchen“, schreibt er darin.

(Beifall von Thomas Kufen [CDU] und Ralf Witzel [FDP])

Ich musste ehrlich gesagt schon ein bisschen lachen. Denn das grenzt an Ironie, wenn man ande-

ren genau das vorwirft, was das eigene Ziel bei dieser ganzen Geschichte ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Liebe Piraten, Sie haben in Ihrem Eilantrag Bezug auf einen Zeitungsartikel genommen. Ich möchte aus einem anderen, nämlich einem Interview der „Frankfurter Rundschau“ zitieren:

„Wenn man Verbraucher spontan fragt, wie viel sie für Strom ausgeben, wissen es die meisten gar nicht. Deswegen muss man hinter der Strompreisdebatte eine gezielte Kampagne gegen die erneuerbaren Energien vermuten. Wir haben ja schon eine ganze Reihe solcher Kampagnen erlebt. Zunächst hieß es nach dem Atomausstieg 2011, es gehen die Lichter aus. Dann hörte man, Deutschland hat zu viel Strom, er läuft uns aus den Ohren heraus. Dann kam die Strompreisdebatte. ... Man erfindet alle paar Monate ein neues Thema, um die Energiewende madig zu machen.“

(Beifall von den GRÜNEN und den PIRATEN)

– Eigentlich kommt jetzt der Applaus genau von der falschen Fraktion. Denn das hat Josef Göppel, CSU-Bundestagsabgeordneter, gesagt.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Wo er recht hat, hat er recht!)

– Wo er recht hat, hat er recht, absolut.

Aber nicht dass ich jetzt falsch verstanden werde: Natürlich müssen wir dafür sorgen, dass die Energiepreise und nicht nur die Strompreise sozialverträglich sind. Dinge, die uns dabei wichtig sind, habe ich eben aufgezählt.

Aber diese Debatte wird benutzt – auch von Bundesumweltminister Altmaier –, um die Energiewende zu torpedieren. Für ein Gelingen der Energiewende brauchen wir keine Irrlichter, die so tun, als seien sie für die Energiewende, aber eigentlich nur die Interessen der großen Energieversorger vertreten. Wir brauchen Leuchttürme, die uns dann spätestens ab September mit rot-grünen Signalfarben den richtigen Weg zur Energiewende im Bund zeigen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete. – Für die FDP-Fraktion spricht als nächster Redner Herr Kollege Brockes.

**Dietmar Brockes (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben uns schon sehr gewundert, warum heute hier dieser Antrag der Piraten als Eilantrag gestellt wird. Denn schließlich ist die heutige Bund-Länder-Gesprächsrunde seit Lan-

gem bekannt. Insofern liegt hier meines Erachtens auch kein neuer Gesichtspunkt vor.

Was den Antrag konkret angeht, muss ich Ihnen auch direkt zu Beginn sagen, dass wir dem leider nicht folgen können,

(Zurufe von den PIRATEN: Ooh!)

weil Sie einige Punkte in den Forderungen haben, von denen Sie auch wissen, dass diese unserer Auffassung ganz klar widersprechen. Denn gerade wenn Sie sich für die Beibehaltung der Stromsteuer einsetzen, geht das aus unserer Sicht in die falsche Richtung. Denn wir brauchen dringend eine Entlastung der Bürgerinnen und Bürger. Gerade diese Stromsteuer, die von SPD und Grüne eingeführt wurde, um den Strompreis zu verteuern, muss angesichts der heutigen Preise abgebaut werden, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Ebenso müssen wir sagen, dass man Ihre Forderung zum Ausstieg aus der Kohle, wobei Sie ja noch nicht einmal zwischen Braun- und Steinkohle differenzieren, heute nicht so einfach in einem Eilantrag beschließen kann. Denn dies hätte gravierende Auswirkungen sowohl auf die Versorgungssicherheit als auch auf die Wirtschaftlichkeit und würde damit weiterhin zur Verunsicherung beitragen. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen der Piraten, erwarten wir von Ihnen auch einen Vorschlag, ein Gesamtkonzept, und eben nicht, dass wir dies in einem Eilantrag vorgelegt bekommen.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, aber trotzdem begrüße ich die heutige Debatte. Denn seit Wochen verlangen wir, die Liberalen, die CDU und auch die Piraten, dass die Landesregierung hier einmal deutlich macht, mit welcher Position, mit welchen konkreten Maßnahmen, mit welchem Konzept sie in die Gespräche in Berlin gehen würde.

Wir fragen dies seit Wochen, wir haben selbst Anträge dazu schon gestellt, sodass im Vorfeld genügend Zeit war, um darauf einzugehen, aber wir bekommen einfach keine Informationen.

Der zuständige Energieminister – das wurde auch von den Kollegen schon gesagt – versteckt sich immer hinter einem Masterplan und hat bis heute nicht konkret gesagt, was er damit meint, was er damit verbindet.

Deshalb, meine Damen und Herren, hört man sich in Berlin um. Herr Kollege Schmalenbach, da braucht man gar nicht bis nach Japan zu reisen, um zu erfahren, dass der Umweltminister hier eine andere Position hat als der Energieminister. Denn das man hört bereits in Berlin, wenn man dort nachfragt, mit welcher Position Nordrhein-Westfalen dort in die Beratungen geht. Wir hatten in dieser Woche die vorbereitenden Gespräche und höre da, alle sagen

unisono: Nordrhein-Westfalen hat keine einheitliche Position.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Hä?)

Der zuständige Energieminister, Herr Duin, argumentiert und verhandelt in Richtung Senkung der Stromsteuer, und der anwesende Umweltminister sagt genau das Gegenteil in derselben Runde. Das ist eine Katastrophe.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Nordrhein-Westfalen, das größte Bundesland, das Energieland Nummer eins, hat keine eigene Position, um die Strompreisexplosion zu begrenzen. Hier gibt es keine Maßnahmen, kein abgesprochenes Konzept, wie man dies selbst verringern will. Das ist – ehrlich gesagt – schlimm, ja eine Katastrophe.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Entschuldigung, Herr Kollege Brockes. Würden Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Schmeltzer zulassen?

**Dietmar Brockes (FDP):** Herr Präsident, gerne lasse ich auch eine Zwischenfrage des Kollegen Schmeltzer zu.

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Gut, dann verfahren wir so.

**Dietmar Brockes (FDP):** Dafür hat er ja heute keine Zwischenrufe gemacht.

**Rainer Schmeltzer (SPD):** Nichts anderes habe ich von Ihnen erwartet, Herr Kollege Brockes. Und wenn ich Ihnen damit sogar noch Redezeit ersparen kann, schone ich auch meine Stimme und brauche keine Zwischenrufe.

Ich habe gerade zur Kenntnis genommen, was man alles so aus Berlin hört und was man alles so aus den Vorgesprächen zur heutigen Runde der Ministerpräsidentenkonferenz und der Konferenz mit der Kanzlerin hört. Deswegen meine Frage, weil man ja alles gehört hat – ich bin scheinbar nicht „man“ genug –: Woher haben Sie das? Beziehungsweise: Haben Sie an den Gesprächen teilgenommen?

**Dietmar Brockes (FDP):** Herr Kollege Schmeltzer, als Liberaler bin ich halt gut vernetzt und habe deshalb auch Kontakt zu den anderen Landesregierungen aufgenommen, an denen wir beteiligt sind und an diesen Diskussionsrunden teilnehmen.

(Minister Johannes Remmel: An welchen denn?)

Das ist genau der Punkt, dass man sich hier hinterher informieren muss, weil diese Landesregierung nicht bereit ist, uns mitzuteilen, welche Position sie hat.

(Beifall von der FDP)

Sie ist deshalb nicht bereit, uns dies kundzutun, weil sie eben keine hat, meine Damen und Herren.

Deshalb sage ich Ihnen eins zum Abschluss: Hören Sie bitte auf, hier über die Bundesregierung, über das Verhältnis Altmaier/Rösler etc. zu debattieren

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Wieso? Macht doch Spaß!)

oder sich dahinter zu verstecken. Die Bundesregierung hat zur Strompreisbremse eine eigene Position. Und dazu sind Sie hier in Nordrhein-Westfalen nicht in der Lage. Hören Sie auf, sich hinter anderen zu verstecken, machen Sie endlich Ihre Hausaufgaben. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. – Für die Landesregierung sind gleich zwei Minister gemeldet, die Minister Duin und Remmel.

(Lachen von der CDU, der FDP und den PIRATEN)

– Bitte meine Kollegen. Ich vermute aber, dass sie nacheinander an das Rednerpult treten wollen.

(Zuruf von den PIRATEN: Gleichzeitig!)

Dann darf ich allerdings bitten, die vereinbarte Gesamtrededzeit von fünf Minuten für die Landesregierung möglichst im Blick zu behalten.

(Sigrid Beer [GRÜNE]: Die darf so lange reden, wie sie will!)

Herr Minister Duin als Erster für die Landesregierung. Bitte schön.

**Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk:** Meine Damen und Herren! Es ist von verschiedenen Rednern eingefordert worden, dass der Wirtschaftsminister und der Umweltminister in den Verhandlungsrunden gemeinsam vorgehen. Deswegen ist es natürlich selbstverständlich, dass wir Ihnen gemeinsam hier Rede und Antwort stehen.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Ich weiß gar nicht, woher da die Aufregung kommen soll. Ich will aber meine Redezeit nicht verschwenden, um auf diese ganzen Kleinigkeiten noch einmal einzugehen.

Herr Kufen, Herr Brockes, Sie sind von dem eigentlichen Spiel so weit weg – das ist unfassbar. Wir re-

gen uns in den Verhandlungen manchmal über Altmaier, über den Staatssekretär Kapferer usw. auf. Ich finde, wir überlegen unsere Haltung in der Aufregung über die beiden noch, wenn wir das Schauspiel hier sehen. Das ist wirklich meilenweit von der Realität entfernt.

(Dietmar Brockes [FDP]: Das tut weh!)

– Nein, Herr Brockes, Sie tun mir nicht weh.

(Heiterkeit von der SPD)

Es geht – das möchte ich auch Herrn Schmalenbach noch einmal sagen – um Planungssicherheit. Deswegen haben alle rot-grünen Vertreter in diesen Verhandlungen eine gemeinsame Position verabredet, die in allen Punkten durchdekliniert ist.

(Dietmar Brockes [FDP]: Nichts Konkretes!)

– Alles sehr konkret! – Wenn die Bundesregierung, wie ursprünglich gemacht – inzwischen revidiert, aber ich will das erwähnen –, in die Bestandsanlagen eingreifen will, dann sagt Rot-Grün „Nein!“ dazu, weil das mit Planungssicherheit und Investitionssicherheit in diesem Land nichts mehr zu tun hat. Man kann nicht im Nachhinein in die Verabredungen eingreifen. Deswegen haben wir das abgelehnt.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Brockes zu?

**Garrelt Duin,** Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Sehr gerne:

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Bitte, Herr Kollege.

**Dietmar Brockes (FDP):** Vielen Dank, Herr Minister, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. Sie haben gerade das gemeinsame Papier von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu den Verhandlungen angesprochen und gesagt, dass dies sehr konkret sei. Mir liegt es ebenfalls vor. Deshalb die Frage: Welche konkrete Position zur Stromsteuer haben Sie in diesem Papier eingenommen?

**Garrelt Duin,** Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Das kann ich Ihnen sehr genau sagen. Wir haben gesagt, nicht wie Sie gerade, was übrigens überhaupt nicht die Position Ihrer Partei ist, nämlich dass Sie die ganze Stromsteuer abschaffen wollen – das haben Sie gerade, glaube ich, durcheinander gebracht –, die Stromsteuer kann um den Anteil, den die Erneuerbaren zurzeit zur Stromerzeugung beitragen, nämlich 25 %, reduziert werden, und zwar von 2,05 Cent

auf rund 1,5 Cent. Das macht ein Gesamtvolumen von 1,6 Milliarden € aus. Das ist ein deutlicher Beitrag zur Entlastung. Das ist der Punkt, den wir dort beschrieben haben.

Darüber hinaus haben wir zu den Ausnahmen, die vorgeschlagen wurden, klar im Sinne des Landes Nordrhein-Westfalen ausgeführt. Da ging es um das Thema „Bergbau“. Manche bekommen ja sofort eine Alarmstimmung, wenn sie das Wort „Kohle“ nur hören. Es geht um das Thema „Bergbau“ und hier um die Frage, ob man die besonderen Ausnahmeregelungen des Bergbaus in Nordrhein-Westfalen jetzt abschafft oder nicht. Diese Regelung hätten 15 Länder gerne mit unterschrieben. Sie wäre aber in unserem Haushalt in Nordrhein-Westfalen direkt negativ zu Buche geschlagen. Deswegen haben wir das im wohlverstandenen Interesse des Landes Nordrhein-Westfalen abgelehnt.

(Beifall von der SPD)

Bezüglich der Belastung der Industrie haben wir gesagt, wir müssen uns zum Beispiel beim Thema „Netzentgelte“ bewegen. Da sind wir in großer Einigkeit mit den Ideen, die aus dem Bundeswirtschaftsministerium gekommen sind. Wir können das nicht unverändert lassen. Wir werden da etwas tun müssen.

Als sich Herr Laschet in den letzten Tagen so lautstark geäußert hat, habe ich gesagt, die Sozialdemokratisierung der Union sei bald abgeschlossen. Er hat nämlich eine ganze Reihe von ursozialdemokratischen Forderungen wiederholt. Wir haben gesagt, wir wollen gerne eine Strompreisbremse mit unterstützen, aber wir gefährden dadurch keine Jobs in Nordrhein-Westfalen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Es gibt ein klares rot-grünes Konzept. Das liegt der Kanzlerin heute auf dem Tisch. Sie kann dem zustimmen, oder sie kann es vertagen. Ich befürchte, sie hat Angst vor der Entscheidung und wird sich deswegen noch einmal auf der Zeitschiene nach vorne flüchten. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Minister Duin. – Nun hat ebenfalls für die Landesregierung Herr Minister Rimmel das Wort.

**Johannes Rimmel,** Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mir ist es genauso wie dem Kollegen Duin wichtig, zu unterstreichen, dass wir in Berlin mit einer gemeinsamen Position aufgetreten sind. Es war auch gar kein Problem, diese Position zu finden, weil die sich aus der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin, aus dem Koalitionsvertrag und

dem, was wir bisher als gemeinsame Politik der Landesregierung machen, ableitet.

Um es einmal in Zahlen auszudrücken – wir haben Hausnummern vorgelegt, und die Bundesregierung ist im Ungefähren geblieben –: 200 Millionen bei Offshore Wind, 100 Millionen bei den Netzentgelten, bis zu 700 Millionen bei den Ausnahmen, 1,6 Milliarden Reduktion bei der Stromsteuer durch den 25%-Anteil der Erneuerbaren, und 500 bis 800 Millionen bei der Frage Liquiditätshilfe. – Das sind die rot-grünen Zahlen. Das sind die ganz konkreten Zahlen, die auf dem Tisch liegen. Hierzu kann sich die Bundesregierung verhalten. Ich habe bisher – das war ja Sinn und Zweck dieses Antrags – keine Nachricht aus Berlin, wie die Dinge stehen. Aber sobald das vorliegt, werden wir Sie unterrichten.

Eines ist mir, ja uns beiden wichtig: Seit eineinhalb Jahren ist von der Bundesregierung nichts gemacht worden, um die Rahmenbedingungen der Energiewende zu gestalten.

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Was haben Sie denn gemacht?)

Deshalb ist das, was jetzt auf dem Tisch liegt, sehr kurz gedacht, weil auch manches aus dem Ruder gelaufen ist. In Berlin wurde zwei Jahre lang nicht gestaltet. Das ist das Ergebnis. Wenn man etwas kurzfristig erzielen will, dann wird es offensichtlich an der einen oder anderen Stelle holprig. Darüber hinaus dreht man nicht an den Stellschrauben, an die man eigentlich drehen müsste.

Wir müssen in der Tat über die Gestaltung des Emissionshandels reden, weil das Auswirkungen auf die Börse hat. Wir müssen über die Marktgestaltung und das Marktdesigns reden. Auch hierzu gibt es keinen Vorschlag der Bundesregierung. Wenn man die Erneuerbaren besser an die Börse in die Direktvermarktung bringen will, muss man den Wälzmechanismus ändern. Auch hierzu gibt es keine Vorstellungen der Bundesregierung.

Wenn man die Strompreise in den Griff bekommen will, dann muss an dem Marktdesign grundsätzlich etwas geändert werden. Dazu ist die Bundesregierung offensichtlich nicht in der Lage. Wir haben aus Nordrhein-Westfalen viele gemeinsame Vorstellungen auf den Tisch gelegt, meine sehr geehrten Damen und Herren. Jetzt geht es um kurzfristiges Handeln. Wir reichen dazu die Hand. Jetzt muss die Bundesregierung einschlagen. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Minister. – Für die Piratenfraktion hat sich noch einmal Herr Kollege Schmalenbach zu Wort gemeldet.

**Kai Schmalenbach** (PIRATEN): Vielen Dank. – Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine

Herrn Minister, Sie haben die ganze Zeit davon geredet, dass Sie eine gemeinsame Position haben. Ein ganz klares Signal aus der Piratenfraktion: Diese gemeinsame Position ist die des Bergbau- ... äh, Wirtschaftsministers und nicht die des Herrn Umweltministers Remmel. Das ist mein Problem. Die Positionen, die wir in Berlin vertreten, erscheinen mir nicht grün genug. Von einer rot-grünen Koalition erwarte ich, dass diese die Energiewende im Sinne aller nach vorne treibt und dies dann auch nach Berlin trägt. Darüber streiten wir uns jedes Mal. Rösler und Altmaier sind das Duo infernale. Die sind da einfach komplett unangebracht. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

**Vizepräsident Dr. Gerhard Papke:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schliesse somit die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Über einen **Eilantrag** ist direkt abzustimmen. Wir kommen deshalb direkt zur Abstimmung über den Inhalt des Antrags der Fraktion der Piraten **Drucksache 16/2331**. Wer stimmt diesem Eilantrag zu? – Das ist die Piratenfraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP. Enthalten sich Abgeordnete? – Das ist offensichtlich nicht der Fall. Somit ist der Eilantrag mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Ich schliesse die Beratung zum Tagesordnungspunkt 5.

Ich rufe auf:

## 6 Fragestunde

Drucksachen 16/2310, 16/2426, 16/2427

Mit diesen Drucksachen liegen Ihnen die Mündlichen Anfragen 13 und 14 sowie zwei Dringliche Anfragen mit den Nummern 15 und 16 vor.

Nach den Richtlinien für die Fragestunde werden Dringliche Anfragen zu Beginn der Fragestunde aufgerufen und gehen somit allen anderen Fragen vor. Ich gehe von Ihrem Einverständnis aus, dass wir die beiden inhaltlich gleichen Dringlichen Anfragen 15 und 16 zusammen zur Beantwortung aufrufen. – Ich sehe keinen Widerspruch.

Ich rufe die

### Dringliche Anfrage 15

des Abgeordneten Daniel Düngel von der Fraktion der Piraten auf:

**Information des Parlaments über den tatsächlichen Bedarf bzw. die Nachfrage nach Betreuungsplätzen für Unterdreijährige**